

Rolf Kupitz

## Die Kreditwirtschaft als wettbewerbs- politischer Ausnahmebereich

Ein Beitrag zur ökonomischen Begründung der Regelungen  
des Gesetzes über das Kreditwesen und des Gesetzes gegen  
Wettbewerbsbeschränkungen

Wipol  
Technische Hochschule Darmstadt  
Fachbereich Rechts- und Wirtschaftswissenschaften  
Fachgebiet Wirtschaftspolitik (VWL VI)  
P1059

INHALTSVERZEICHNIS

=====

Seite

TABELLENVERZEICHNIS

8

EINLEITUNG UND AUFBAU DER ARBEIT

9

Erster Abschnitt: DARSTELLUNG DER DIE WETTBEWERBS-  
POLITISCHE SONDERSTELLUNG DER KREDITWIRTSCHAFT DER  
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND BETREFFENDEN GESETZLI-  
CHEN REGELUNGEN

17

I. Kreditwirtschaft und Gesetz über das  
Kreditwesen (KWG)

20

II. Kreditwirtschaft im Gesetz gegen Wettbewerbs-  
beschränkungen (GWB)

28

A. Entstehungsgeschichte des § 102 GWB

28

B. Begründung des § 102 GWB durch den  
Gesetzgeber

31

C. Inhalt des § 102 GWB

33

D. Problematik des § 102 GWB

38

Zweiter Abschnitt: ALLGEMEINE BEGRÜNDUNGEN FÜR  
WETTBEWERBSPOLITISCHE AUSNAHMEBEREICHE

39

I. Wettbewerbspolitische Ausnahmebereiche im  
Konzept der Wettbewerbsfreiheit

41

II. Wohlfahrtstheoretische, auf Marktversagen  
abstellende Begründungen für wettbewerbs-  
politische Ausnahmebereiche

50

Dritter Abschnitt: BEURTEILUNG DER WETTBEWERBS-  
POLITISCHEN SONDERSTELLUNG DER KREDITWIRTSCHAFT  
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND MIT HILFE EINER  
WOHLFAHRTSTHEORETISCHEN, AUF MARKTVERSAGEN AB-  
STELLENDEN ANALYSE.

56

	Seite
I. Vorbemerkungen: Zur Anwendung der in wohlfahrtstheoretischen Analysen verwendeten Begriffskategorien im Bereich der Kreditwirtschaft	59
II. Marktversagen bei natürlichen Monopolen	74
A. Allgemeine wohlfahrtstheoretische Darstellung	74
B. Natürliche Monopole in der Kreditwirtschaft?	80
III. Marktversagen bei externen Effekten	93
A. Allgemeine wohlfahrtstheoretische Darstellung	93
B. Die währungspolitische Zielsetzung des Gesetzgebers: Externe Effekte in der Kreditwirtschaft?	97
1. Darstellung der These vom Konflikt zwischen dem Wettbewerbsziel für die Kreditwirtschaft und dem währungspolitischen Ziel	98
2. Präzisierung der Fragestellung und kritische Stellungnahme	100
a) Wettbewerbliche Währungsordnung ohne Existenz einer staatlichen Zentralbank	100
b) Währungsordnung mit Existenz einer staatlichen Zentralbank	113
IV. Marktversagen bei unvollständigen, asymmetrisch verteilten Informationen und ruinösem Wettbewerb	120
A. Allgemeine wohlfahrtstheoretische Darstellung	120
B. Unvollständige, asymmetrisch verteilte Informationen und ruinöser Wettbewerb in der Kreditwirtschaft?	128
1. Ruinöser Wettbewerb in der Kreditwirtschaft?	129
a) Ruinöser Wettbewerb im Sinne nicht-wettbewerblicher Verdrängung	130

	Seite
b) Ruinöser Wettbewerb im Sinne eines verzögerten Anpassungsprozesses	130
c) Periodisch-ruinöser Wettbewerb	133
2. Die (banken-)ordnungspolitische Zielsetzung des Gesetzgebers: Unvollständige, asymmetrisch verteilte Informationen in der Kreditwirtschaft?	137
a) Zusammenhang zwischen unvollständigen, asymmetrisch verteilten Informationen und Einlegerschutz	138
b) Die Bedeutung unvollständiger, asymmetrisch verteilter Informationen für den Einlegerschutz in der Kreditwirtschaft	146
V. Weitere Diskussion der (banken-)ordnungspolitischen Zielsetzung des Gesetzgebers: Marktversagen in der Kreditwirtschaft aufgrund externer Effekte in Verbindung mit unvollständigen, asymmetrisch verteilten Informationen?	155
A. Darstellung der These vom Konflikt zwischen dem Wettbewerbsziel für die Kreditwirtschaft und dem (banken-)ordnungspolitischen Ziel	156
B. Kritische Stellungnahme	163
1. Präzisierung der Bedingungen für das Zustandekommen eines Runs der Bank-einleger auf die Banken aufgrund von Bankzusammenbrüchen	163
2. Die deutsche Bankenkrise von 1931 als historisches Beispiel für einen allgemeinen Run der Bankeinleger auf die Banken	171
a) Gründe für das Einsetzen eines Runs auf die Banken nach dem Zusammenbruch der Darmstädter und Nationalbank	172
b) Das Verhalten ausländischer Bank-einleger zur Zeit der deutschen Bankenkrise von 1931	183

	Seite
c) Das Verhalten der Reichsbank zur Zeit der deutschen Bankenkrise von 1931	186
d) Schlußfolgerungen	190
<u>Vierter Abschnitt: KRITIK DER DIE WETTBEWERBSPOLI- TISCHE SONDERSTELLUNG DER KREDITWIRTSCHAFT DER BUN- DESREPUBLIK DEUTSCHLAND BETREFFENDEN GESETZLICHEN REGELUNGEN</u>	200
I. Kritik am § 102 GWB	202
II. Grundsätzliche Kritik am Gesetz über das Kreditwesen (KWG)	210
A. KWG, Schutz des Einlegers und Marktver- sagen aufgrund unvollständiger, asyyme- trisch verteilter Informationen	210
1. Regelungen, die den Kreditinstituten zusätzliche Informationspflichten auferlegen	212
2. Regelungen, die die Entscheidungs- spielräume der Kreditinstitute zu- sätzlich einengen	217
B. KWG, Schutz vor dem Einleger und Markt- versagen aufgrund externer Effekte in Verbindung mit unvollständigen, asyyme- trisch verteilten Informationen	231
<u>Fünfter Abschnitt: DER ANGEBOTS-NACHFRAGE-ANSATZ ZUR BEGRÜNDUNG STAATLICHER REGULIERUNG - EIN ALTER- NATIVER ANSATZ ZUR ERKLÄRUNG DER WETTBEWERBSPOLITI- SCHEN SONDERSTELLUNG DER KREDITWIRTSCHAFT DER BUN- DESREPUBLIK DEUTSCHLAND?</u>	243
I. Problemstellung	243
II. Allgemeine Darstellung des Angebots-Nachfrage- Ansatzes zur Begründung staatlicher Regulierung	246

	Seite
A. Entstehung und Vorläufer des Angebots-Nachfrage-Ansatzes zur Begründung staatlicher Regulierung	246
B. Der Angebots-Nachfrage-Ansatz zur Begründung staatlicher Regulierung in der von Stigler und Peltzman entwickelten Form	249
III. Zur Beurteilung der wettbewerbspolitischen Sonderstellung der Kreditwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland mit Hilfe des Angebots-Nachfrage-Ansatzes zur Begründung staatlicher Regulierung - Ein Ausblick	257
LITERATURVERZEICHNIS	266